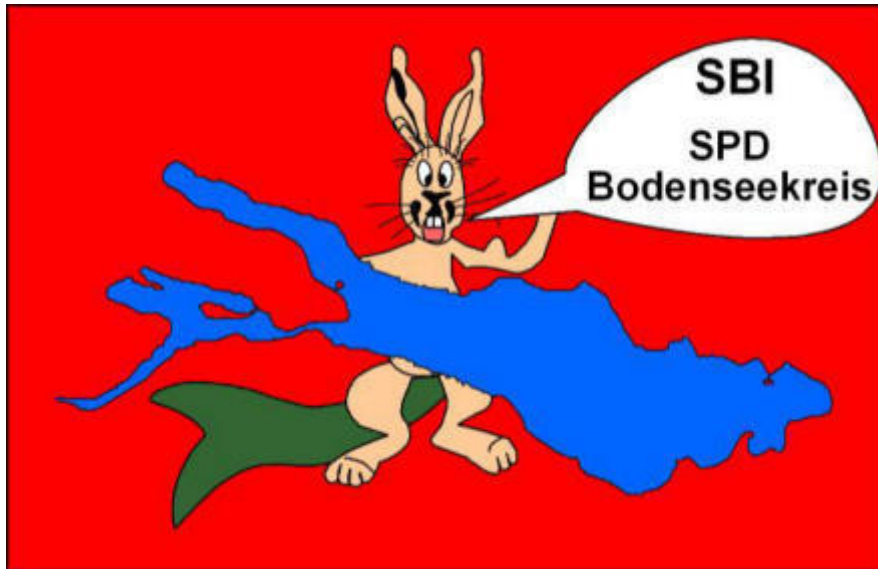


„Der Rote Seehas“



Internetzeitung von und für Sozialdemokraten, Verbände und Privatpersonen aus der internationalen Bodenseeregion

Editorial

Die Arbeit der Abgeordneten im Bundestag in dieser Legislaturperiode ist praktisch beendet. Natürlich beginnt jetzt nicht der reine Urlaub. Für die Abgeordneten, die in der nächsten Periode wieder ins Parlament einziehen wollen, beginnt der Wahlkampf.

Dies gilt natürlich auch für die Neubewerber ins Parlament.

Denjenigen, die ihre Tätigkeit als Abgeordnete nun beenden, gilt unser Dank und Respekt für die vielen Mühen und privaten Einschränkungen, die sie für die Allgemeinheit auf sich genommen haben. Für den weiteren Lebensweg die besten Wünsche.

Eine weit zahlreichere Gruppe bereitet sich auch auf den Wahlkampf vor: es sind die vielen Mitglieder in den Ortsvereinen, die an Infoständen, beim Plakatkleben und anderen Tätigkeiten für die gemeinsame Sache ihren Beitrag leisten.

Unsere Freunde in Vorarlberg können sich ebenfalls keine Sommerpause leisten. Am 20.09. ist in Vorarlberg Landtagswahl. Sollten sie nicht zweitstärkste

Partei werden, ist die Chance für den Bundesrat dahin. Auch sie haben es schwer, der Genosse Trend meint es derzeit eher besser mit den Rechtsparteien.

Drei Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und im Saarland stehen am 30.08.2009 im Saarland, Sachsen und Thüringen noch bevor. Auch dies bedeutet bei dem kurzen Abstand zur Bundestagswahl zusätzliche Belastungen für die Betroffenen. Es könnte am 27.09.2009 noch eine Landtagswahl in Schleswig-H. geben, die CDU hat gerade die Koalition gekündigt.

Bei den vielen Wahlen in Deutschland wäre es schon mal Überlegungen wert, Häufungen zu vermeiden.

Schade, dass die vom Verfassungsgericht verlangte Änderung des Wahlrechts noch nicht zustande kommt. Es spielt keine Rolle, wem die Überhangmandate zugute kommen. Die dahinter versteckte Ungerechtigkeit sollte nicht sein, auch wenn die SPD Nutznießer wäre.

**es grüßt Sie
die Redaktion**

Karl-Heinz König, Willi Bernhard

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|----------|
| - Wahlnachlese: Frauen in Parlamenten – Noten für Pflegeheime – Bürgermehrheit gegen Zwangs- G 8 – Potenzial für über 1 Million Arbeitsplätze – Tarnkappenprogramm der Union | S. 2-5 |
| - Oettingers Atompolitik ist riskant für die Sicherheit der Bürger – Grünes Licht für Lissabon-Vertrag – Wegweiser Europa - | S. 5-7 |
| - Kreisverband Bodensee – MdL Norbert Zeller: Schule braucht Demokratie – Orientierungsplan: Land muss Mindeststandards festlegen - Ernte-Pflichtversicherung wird geprüft – Feuerwehrführer-Schein: Land muss handeln – Flächendeckende medizinische Versorgung ist Ziel der SPD | S. 7-9 |
| - Sommerwahlkampf: Nah bei den Bürgern – Bodenseeregion, Solarregion Deutschlands? – Termine | S. 9-11 |
| - SBI: 8. Prix Wasserfrau 2009 nach Vorarlberg – Prix Wasserfrau und frühere Preisträgerinnen - SP Kanton SG: St.Gallen und das Stipendienkonkordat – eine unendliche Geschichte | S. 11-13 |
| - SPÖ Vorarlberg: Offen gefragt – Michael Ritsch (SPÖ) im Gespräch | S. 13-14 |
| - Kreis BC- Martin Gerster: Evelyn Simmler wiedergewählt - 250.000 Euro für Schlösser im Bodenseekreis und dem Landkreis Ravensburg - Hohes Lob für Gersters Buch - Der Förderverein Piéla-Bilanga besucht MdB Martin Gerster in Berlin – Gradistanac hakt bei Lufthans nach | S. 14-16 |
| - E i n l a d u n g zum Besuch der Wanderausstellung M a r i e J u c h a c z | S. 17 |
| - Einladung: Simone Strohmayer beim OV Lindenberg | S. 18 |
| - SGB: Lohn- und Sozialdumping im Bodenseeraum | S. 19 |
| - Sommertreffen und Sternfahrt der SPD 60 plus | S. 20 |

WAHLNACHLESE

FRAUEN IN PARLAMENTEN - EUROPA TOP, KOMMUNE FLOP

Der Landesfrauenrat Baden-Württemberg zu den Wahlergebnissen:

Von zwölf gewählten Europaabgeordneten aus Baden-Württemberg sind die Hälfte Frauen – hier ist die Rechnung aufgegangen, die politische Repräsentanz von Frauen in den Parlamenten zu stärken. Wie viele Parlamentarierinnen insgesamt aus den EU-Mitgliedsländern nach Straßburg entsandt werden, bleibt allerdings noch abzuwarten.

Auf kommunaler Ebene steht das enttäuschende Ergebnis schon fest: „Noch nicht einmal ein Viertel aller gewählten Gemeinderatsmitglieder in Baden-Württemberg sind Frauen“, bedauert die Vorsitzende des Landesfrauenrats Baden Württemberg, Angelika Klingel. „22,2 % liegen weit unter der Marke, die wir uns mit unserer Kommunalwahlkampagne „Stühle frei für Frauen“ gesetzt haben“. Über ein Jahr lang warb der Landesfrauenrat bei Frauen dafür, sich als Kandidatin aufstellen zu lassen. An Parteien und Wählervereinigungen appellierte er, Frauen auf aussichtsreiche Listenplätze zu setzen. „Wer wenn nicht die Frauen selber können dafür sorgen, dass mit der Gleichberechtigung vor Ort endlich ernst gemacht wird. Gerade in den Noch immer sind in 35 von 1011 Gemeinderäten in Baden-Württemberg keine Frauen vertreten (2004: 54) - das sind 35 Gemeinden zuviel. Da stimmt es frau geradezu euphorisch, dass in drei Gemeinden die Frauen in der Überzahl sind. Den

höchsten Frauenanteil mit 60 % (6 von 10 Gemeinderäten sind weiblich) hat dabei Birenbach im Kreis Göppingen zu verzeichnen. Gudrun Igel-Mann Kommunen fallen Entscheidungen, die die Frauen in ihrem Alltag betreffen“, so Klingel.

Nun hat etwa die Hälfte der baden-württembergischen Bevölkerung von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht und insgesamt 296 Frauen (16,6%, 2004: 15,4%) in die diversen Kreistage gewählt. Spitzenreiter ist dabei der Kreistag von Tübingen mit 16 Frauen (27,1%, 2004: 27,6%), Schlusslicht der von Rottweil mit zwei Kreisrätinnen (4,1%, 2004: 4,2%). Dabei gibt es bei den Parteien deutliche Unterschiede: 41,5% der Kreistagsmitglieder der Grünen in Baden Württemberg sind Frauen, bei der SPD sind es 25,2 %, bei der CDU 11,1% und bei der FDP 10,0%. Etwas besser sieht es aus frauenpolitischer Sicht bei den Gemeinderatswahlen aus. Hier liegt der Frauenanteil bei 22,2% (2004: 21%), es wurden also insgesamt 3876 Gemeinderätinnen in Baden Württemberg gewählt (davon Grüne 44,4%, SPD 32,5%, FDP 17, 5% und CDU 16,7%). Wie auch bei den Kreistagswahlen schneiden dabei Frauen im ländlichen Raum schlechter ab als in größeren Städten. „Bis der Anteil der Gemeinderätinnen dem Bevölkerungsanteil der Frauen in Baden Württemberg von 52% entspricht, dauert es wohl noch eine Weile“, befürchtet die zweite Vorsitzende des Landesfrauenrats, Elke Erlecke. „Wenn wir das Tempo der vergangenen zwanzig Jahre nicht etwas steigern können, sind wir wohl erst 2069 so weit“. 1989 hatte der Frauenanteil bei den Gemeinderatswahlen bei 13,2% gelegen.

Esther Peylo

Beauftragte für Öffentlichkeitsarbeit des Landesfrauenrats und Mitglied im ASF-Landesvorstand

Ab heute beginnen deutschlandweit die neuen Prüfungen von Pflegeheimen. Dazu erklärt Hilde Mattheis, Mitglied im Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestages:

Noten für Pflegeheime bringen Transparenz und Qualitätsverbesserungen

Ab heute (01.07.2009) startet das neue Prüfschema des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen. Mit Noten für Pflegeheime und ambulante Pflegedienste werden dadurch erstmals vergleichbare Ergebnisse für alle Einrichtungen in Deutschland erreicht. Damit wird in der Pflege ein großes Maß an Transparenz und Qualitätssicherung geschaffen.

Die Prüfer werden unangemeldet in die Heime kommen und in einem einheitlichen Verfahren insgesamt 82 Einzelbewertungen durchführen. Dabei liegt der Schwerpunkt stärker als bisher auf dem tatsächlichen Wohlbefinden der Heimbewohnerinnen und Heimbewohner, ohne die Bewertung in der Pflege und der medizinischen Versorgung zu vernachlässigen. Die einzelnen Prüfungen ergeben vier Bereichsnoten für „Pflege und medizinische Versorgung“, „Umgang mit demenzkranken Bewohnern“, „Soziale Betreuung und Alltagsgestaltung“, sowie „Wohnen, Verpflegung Hauswirtschaft und Hygiene“. Sowohl die Bereichsnoten als auch die sich daraus ergebende Endnote werden veröffentlicht. Denn Transparenz ist das beste Instrument für die Sicherung der Pflegequalität.

Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen können so durch ein verständliches und unabhängiges Notensystem das richtige Heim finden. Bis Ende 2010 müssen alle 11.000 Heime und 11.500 Pflegedienste in Deutschland überprüft worden sein. Ab 2011 erfolgen dann jährliche Prüfungen.

Mit den heute beginnenden Prüfungen wird ein Kernstück des Pflege Weiterentwicklungsgesetz von 2008 umgesetzt. Nun zählt sich aus, dass sich im Gesetzgebungsverfahren die SPD mit der Forderung nach stärkeren Qualitätskontrollen gegenüber der Union durchgesetzt hat.

01.07.2009

Büro Hilde Mattheis, MdB

**SPD:
Große Mehrheit der Bürger ist
nach repräsentativer Infratest-
Umfrage gegen das Zwangs-G
8 – Starker Wunsch der Bevöl-
kerung nach Wahlfreiheit zwi-
schen G 8 und G 9**

Fraktionschef Schmiedel:

„Die Landesregierung macht bei der verkürzten Schulzeit für das Gymnasium Politik gegen die Bürger“

Schmiedel:

„Koalition muss bei Abstimmung über G 8-plus-Antrag aus Mosbach am Donnerstag dem Willen der Elternmehrheit folgen“

„Die Landesregierung macht beim Zwangs-G 8 Politik gegen die Bürger“, erklärte SPD Fraktionschef Claus Schmiedel. Dies lasse sich jetzt eindeutig anhand einer neuen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts TNS Infratest-Sozialforschung nachweisen. (Befragt wurden zwischen 20. April und 3. Mai rund 1000 repräsentativ ausgewählte, über 18 Jahre alte Wahlberechtigte in Baden-Württemberg.)

Schon nach einer Eltern-Befragung durch die SPD-Fraktion war die Ablehnung im vergangenen Jahr offensichtlich. Diese Sichtweise wird durch die Umfrage deutlich unterstrichen: **Fünf Jahre nach Einführung des G 8 sehen 70 Prozent der Baden-Württemberger die Verkürzung der Schulzeit am Gymnasium von neun auf acht Jahre als falschen Schritt.** Demgegenüber hat die Landesregierung lediglich 23 Prozent auf ihrer Seite. Selbst unter den eigenen Anhängern der Regierungsfaktionen ist die Ablehnung des G 8 groß: 61 Prozent der FDP-Anhänger sind dagegen und sogar 63 Prozent der CDU-Anhänger. Auch 69 Prozent der SPD-Anhänger lehnen das G 8 ab (siehe Grafik). „Damit ist klar: Die Gymnasialpolitik von Oettinger und Rau ist auf ganzer Linie gescheitert“, sagte SPD-Fraktionschef Claus Schmiedel. Wenn die Bürger das Zwangs-G 8 nach den Erfahrungen der ersten fünf Jahre so stark ablehnten, mache das deutlich, dass die Landesregierung hier den völlig falschen Kurs verfolge. „Ihre Politik führte dazu, die Schüler deutlich zu überfordern und das Familienleben unnötig zu belasten“, sagte Schmiedel.

Das verkürzte Gymnasium jetzt wieder vollständig abzuschaffen, hält die SPD-Fraktion allerdings nicht für den richtigen Weg. Die Lösung müsse stattdessen sein, den Eltern die Wahl zu lassen: Wollen sie, dass ihre Kinder das Abitur nach acht oder nach neun Jahren ablegen? Dass das absolut notwendig wäre, zeige erneut die Umfrage. Eindeutiges Ergebnis: 70 Prozent aller Baden-Württemberger würden es begrüßen, wenn eine Wahlmöglichkeit zwischen G 8 und G 9 bestünde. Das demonstrierte erneut, wie sehr die SPD-Politik in dieser Frage dem Wunsch der Bürger entspreche. Erneut folgen auch die Anhänger der anderen Parteien der SPD-Forderung: 61 Prozent der FDP- und sogar 64 Prozent der CDU-Anhänger würden eine solche Wahlfreiheit begrüßen. Bei der SPD stünden 71 Prozent der Anhänger dahinter (siehe Grafik).

„Die Landesregierung muss wenigstens diese Lösung zulassen, wenn sie schon das G 8 gegen die Mehrheit der Bürger eingeführt hat“, sagte Schmiedel. Nur so lasse sich das Gymnasium wieder mit den berechtigten Wünschen von Eltern und Schülern versöhnen. „Wenn die Landesregierung sich weigert, diesen realisierbaren Wunsch umzusetzen, dann tritt sie die Meinung der Bürger mit Füßen“, betonte der Fraktionschef. Ob Oettinger bereit sei, auf die Bürger zuzugehen, werde sich am Donnerstag im Landtag zeigen. Dann bringe die SPD den Wunsch des Gymnasiums aus Mosbach zur Abstimmung. Neben den Pädagogen haben sich drei von vier Müttern und Vätern in der Schule aus dem Neckar-Odenwald-Kreis für ein so genanntes G 8-plus-Modell ausgesprochen. Damit soll es möglich sein, innerhalb des G 8 einen neunjährigen Zug aufzunehmen. Auch der Gemeinderat Mosbach hat den Schulversuch unterstützt – und zwar einstimmig. „CDU und FDP würden bei einer Ablehnung einmal mehr unterstreichen, dass sie lieber den Vorgaben des Kultusministers folgen als dem berechtigten Wunsch der Eltern“, fügte Schmiedel hinzu.

Die Chancengleichheit spiele für die Landesregierung keine Rolle, erklärte der Fraktionschef. So hätten beim Zwangs-G 8 viele Schüler nur mit Unterstützung ihrer Eltern Erfolg. Diese Hilfe sei aber nur Müttern und Vätern möglich, die selbst nicht arbeiten müssten und daheim bleiben oder sich eine teure Nachhilfe leisten könnten – also eher wohlhabenden Familien. Damit sei das jetzige G 8 ein Mittel, den bisherigen sozialen Status der Gymnasiasten zu zementieren. „Es ist offensichtlich, dass ein Großteil der Bevölkerung die verkürzte Gymnasialzeit auch aus diesem Grund ablehnt“, sagte Schmiedel.

Die SPD hält das G 8 auch angesichts des Umfrageergebnisses für einen zentralen Punkt der Schulpolitik. Die SPD werde deshalb nicht nachgeben, wenn die Landesregierung sich weigern sollte, eine Wahl zwischen G 8 und G 9 zu ermöglichen, sagte der Fraktionschef: „Wir werden stark darauf drängen, dass der Wille der Mehrheit in Baden-Württemberg respektiert wird“, sagte der Fraktionschef.

Dr. Roland Peter, Pressesprecher

Potenzial für über eine Million neue Arbeitsplätze

Frank-Walter Steinmeier und Sigmar Gabriel legen Konzept für moderne ökologische Industriepolitik vor.

Die gezielte Förderung von „GreenTech“ bietet gewaltige Chancen für Arbeit und Umwelt. Ein gemeinsames Positionspapier von Frank-Walter Steinmeier und Sigmar Gabriel umreißt jetzt eine ökologische Wachstumsstrategie für Deutschland. Die Chance:

Über eine Million neuer Arbeitsplätze mit Zukunft. In einem Zehn-Punkte-Plan beschreiben Steinmeier und Gabriel das Ziel einer modernen und ökologischen Industriepolitik. Am 22. Juni stellten sie das Positionspapier „Das neue Jahrzehnt – eine Chance für Arbeit und Umwelt“ vor. Grundlage der Überlegungen ist die Erkenntnis, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise nicht bloß ein Betriebsunfall ist – sie bedeutet eine Zeitenwende. Darum sei auch ein Weitermachen wie bisher weder ökonomisch, noch finanzpolitisch, noch sozial verantwortbar. Für nachhaltigen Fortschritt in Deutschland schlagen sie daher einen „sozial-ökologischen New Deal“ vor – zukunftsfähige Beschäftigung zu fairen Löhnen. Denn künftig sind Energie und Ressourceneffizienz die entscheidenden Wettbewerbsfaktoren moderner Ökonomie. Setzt die Politik jetzt die richtigen Rahmenbedingungen, kann dies der deutschen Wirtschaft einen dauerhaften binnenwirtschaftlichen Impuls geben und mehr als eine Million Arbeitsplätze ermöglichen.

Energie sparen ist Wettbewerbsvorteil

Die Thesen dieses Papiers wurden am 22. Juni auch auf der vierten Innovationskonferenz des Bundesumweltministeriums diskutiert. Dort verwies der SPD-Kanzlerkandidat auf den engen Zusammenhang von ökologischer Modernisierung und der Schaffung von Arbeitsplätzen: „Die Einsparung von Energie und Rohstoffen ist nicht nur eine ökologische Überlebensfrage, sondern zunehmend strategischer Faktor guter Unternehmensführung“, erklärte der Vizekanzler. Schon heute machen die Kosten für Energie und Rohstoffe vierzig Prozent der Gesamtkosten in der Industrieproduktion aus und sind damit „der wichtigste Kostenfaktor“ – noch vor den Personalkosten, so Steinmeier. Geld, das hier eingespart wird, wird reinvestiert und fließt so direkt in neue Arbeitsplätze. Dieser Zusammenhang zwischen Arbeit und Umwelt werde angesichts erwartbar steigender Energiepreise weiter wachsen, unterstrich Bundesumweltminister Sigmar Gabriel.

Die Jobs der Zukunft

Je mehr die Energieersparnis zum Wettbewerbsvorteil wird, desto stärker wird die Umweltwirtschaft, die neue energiesparende Technologien, Verfahren und Materialien herstellt, zur Schlüsselindustrie. Für Deutschland, aber auch global. „Weltweit trotz mehr Industrie, trotz mehr Verkehr, trotz mehr Wachstum weniger schädlich für die Umwelt zu leben, das ist die Herausforderung“, formulierte Steinmeier. Daher haben die Effizienz- und Umwelttechnologien „ein ungeheures Potenzial. Sie werden Wachstumstreiber des nächsten Jahrzehnts sein.“ Der SPD-Kanzlerkandidat rechnet mit einer Verdopplung ihres Anteils am Weltmarktvolumen bis zum Jahr 2020. „Da liegen die Jobs der Zukunft und da müssen die entscheidenden Investitionen der Zukunft stattfinden“, so Steinmeier.

Nachrichten für Redakteure, 07.07.2009

Das Tarnkappenprogramm der Union

CDU/CSU wollen nicht sagen, was sie vorhaben. Das überlassen sie der FDP

Die Union hat ihr Regierungsprogramm veröffentlicht. Es ist ein Tarnkappen-Programm geworden. Angela Merkel will nichts aufschreiben, was ihrer Beliebtheit schaden könnte. Forderungen wie die Lockerung des Kündigungsschutzes und die Schwächung der Gewerkschaften stehen nicht mehr drin – sie finden sich ja im FDP-Programm und könnten in schwarz-gelben Koalitionsverhandlungen beschlossen werden. Der Text klingt zwar sozial – allerdings mit kleinen Ergänzungen. Es heißt: „Wer Vollzeit arbeitet, soll in der Regel von seinem Einkommen leben können“. An diejenigen außerhalb der Regel scheint die Union nicht zu denken. Einen Mindestlohn lehnt sie weiter ab.

Weil nichts klar formuliert ist, muss der Text erst entschlüsselt werden. So steht im Programm, der Kindergartenbesuch solle „langfristig beitragsfrei ermöglicht werden“, wenn dies solide finanziert werden kann. Die Union will also Bildung sozial gestalten? Fehlanzeige!

In Niedersachsen zeigt sich aktuell, auf was CDU und FDP als erstes verzichten angesichts knapper Kassen: Die dortige Landesregierung hat ihr Vorhaben „beitragsfreier Kindergarten“ vor kurzem gestrichen. Im Programm wird formuliert, man wolle die „Vorschriften zur Mehrwertsteuerbelastung“ überprüfen. Entlastungen für den Bürger? Fehlanzeige! Der gemäßigte Mehrwertsteuersatz soll nach Äußerungen von Unions-Politikern angehoben werden. Laut Programm soll auch der Anteil erneuerbarer Energien steigen. Aber, wieder Fehlanzeige! CDU/CSU wollte in der großen Koalition das Fördersystem für Erneuerbare Energien beschneiden und durch ein Quotensystem zum Wohle der großen Energieversorger ersetzen.

Das Programm ist das Papier nicht wert, auf dem es geschrieben ist. Die Union behauptet, sie setze auf Aufstieg durch Bildung unabhängig von sozialer Herkunft. Dabei findet sich im Text kein Wort zu Studiengebühren! Die wichtigste Lehre nach der Lektüre ist jedoch, dass die Union allen wichtigen Fragen unserer Zeit ausweicht. Es heißt zwar, dass es nach der Krise nicht so weitergehen soll wie vor der Krise. Doch es findet sich keine Aussage, die das untermauert. Kein Wort zum Spekulationskapitalismus und zu Managementgehältern. Es behauptet gar, die Finanzmarktkrise sei nur im Ausland entstanden. Also kein Regelungsbedarf in Deutschland. Auch findet sich im Programm keine Antwort auf die sozia-

le Spaltung der Gesellschaft. Der Begriff „Soziale Gerechtigkeit“ taucht im Text nicht auf.

Steuersenkungen haben Priorität vor sozialer Sicherheit. Über die Finanzierung der Forderungen verliert die Union kein Wort. Allerdings steht darüber viel im FDP-Programm: Die Liberalen wollen Kürzungen bei den staatlichen Rentenzuschüssen, der Arbeitsförderung und der Gesundheitsversorgung. Die öffentliche Daseinsvorsorge soll beschnitten werden. Doch darüber will Frau Merkel erst nach den Wahlen laut sprechen.

Nachrichten für Redakteure, 07.07.2009

SPD:

Ministerpräsident will für neue Gewinne der Atomindustrie sorgen und nimmt dafür erhöhtes Risiko für die Bevölkerung in Kauf

Fraktionschef Schmiedel:

„Oettinger ist mit seiner unbedingten Technikgläubigkeit auf dem Weg zurück in die Siebziger Jahre“

Die SPD-Fraktion kritisiert heftig die Haltung von Ministerpräsident Oettinger zur Atomindustrie. Seine Forderung, die Atommeiler praktisch unbeschränkt laufen zu lassen, lasse vollkommen die großen Risiken dieser Technologie für die Bevölkerung außer Acht. Der Ministerpräsident wolle diese Risiken trotz des aktuellen Beispiels Krümmel offensichtlich kleinreden. „Oettinger nimmt die Ängste der Menschen nicht ernst“, sagte Schmiedel. Das werde am objektiv unsicheren Beispiel Krümmel besonders deutlich. Trotz der dortigen offensichtlichen Störfälle von Stuttgart aus ohne Kenntnis der Details eine Abschaltung abzulehnen, heiße unverantwortlich mit den Risiken zu spielen.

Erklärbar sei dies nur, weil Oettinger zum einen die Atomwirtschaft ohne Vorbedingungen fortsetzen wolle. „Dies ist die klare Folge einer Politik Pro-Atomkraft, die keine Rücksicht auf die Gefahren für die Bevölkerung mehr nehmen will“, unterstrich Schmiedel. Zum anderen werde immer deutlicher, dass „Oettinger mit seiner unbedingten Technikgläubigkeit auf dem Weg zurück in die Siebziger Jahre ist.“ Sein Glaube an eine angebliche Sicherheit der deutschen Atommeiler entpuppe sich angesichts von Störfällen wie in Philippsburg 2 als reine Ideologie. Schmiedel verwies darauf, dass der bisherige Leiter des AKW Krümmel wegen der Probleme zurückgetreten sei. „Dies zeigt erneut, dass auch in jedem

deutschen AKW menschliche Fehler möglich sind“, sagte der Fraktionschef. Da nütze auch die beste Technik nützt. „Oettinger ignoriert deshalb leichtsinnig alle Erfahrungen, die bislang mit dieser gefährlichen Technologie gemacht worden sind.“

Der Fraktionschef erinnerte an die zahlreichen schweren Pannen in den Atommeilern Baden-Württembergs. So sei im AKW Philippsburg 2 wochenlang ohne funktionierendes Sicherheitskühlsystem gearbeitet worden. Jüngst seien erneut Zweifel an der Störfallsicherheit in Neckarwestheim 1 aufgetaucht. Zudem seien Philippsburg 1 und Neckarwestheim 1 nicht einmal gegen einfache Flugzeugabstürze gesichert. „Es ist unverantwortlich, diese alten und störanfälligen Werke weiterlaufen zu lassen, als ob keine Probleme bestünden“, erklärte Schmiedel. Letztlich sei deshalb klar: „Wenn Oettinger jetzt Krümmel am Netz halten will, geht es ihm letztlich um Philippsburg und Neckarwestheim.“ Er wolle damit in Kauf nehmen, alte und störanfällige Atommeiler bis zum Sankt Nimmerleinstag weiterlaufen zu lassen, um die Kassen der Betreiber mit Millionen Euro zu füllen. Dieses Beharren auf einer Dinosaurier-Technologie zeige auch, wie unglaublich Oettingers Bekenntnis für die Erneuerbaren Energien sei.

Deshalb sei es nur noch ein kleiner Schritt, bis sich Oettinger wie seine frühere Mitstreiterin Schavan für einen Neubau von AKWs ausspreche. Dies zeige auch sein Hinweis auf die deutschen Anlagenbauer, die woanders neue Werke errichten dürften, in Deutschland aber nicht.

Dr. Roland Peter, Pressesprecher

Aktuelles aus dem Europäischen Parlament

Grünes Licht für Lissabon-Vertrag

„Die wichtigste Aussage des Bundesverfassungsgerichts ist die Feststellung, dass der Reformvertrag von Lissabon verfassungsgemäß ist“, so die erste Reaktion von Evelyne Gebhardt auf den Richterspruch aus Karlsruhe. Nun gebe es berechtigte Hoffnung, dass der Reformvertrag nach 10 Jahren zäher Debatten am Ende des Jahres in Kraft treten könne.

Der Vorsitzende im Verfassungsausschuss des Europäischen Parlaments, Jo Leinen, wies darauf hin, dass das Urteil des Bundesverfassungsgerichts die demokratische Kontrolle der europäischen Politik weiter stärken. Neben dem Europäischen Parlament würden auch die nationalen Parlamente intensiver in die europapolitischen Entscheidungen einbezogen. Das Lissabon-Urteil sei ein weiterer Schritt hin zu einem Europa der Bürger und Bürgerinnen, die durch die Parlamente vertreten würden und nicht nur ein Euro-

pa der Staaten, in dem lediglich die Staats- und Regierungschefs entscheiden. Die noch offenen Details der stärkeren Beteiligung des Deutschen Bundestages und des Bundesrates an der Europapolitik müssten nun rasch in ein verfassungsgemäßes Begleitgesetz umgesetzt werden. Die Umsetzung dürfe laut Jo Leinen aber nicht den Rahmen des Praktikablen sprengen. Zustimmungsgesetze mit schwer zu erreichenden Zweidrittelmehrheiten im Bundestag und gegebenenfalls auch im Bundesrat vor Abstimmungen im Ministerrat würden die Gefahr bergen, den Verhandlungsspielraum und damit auch den Einfluss Deutschlands auf die Entwicklung Europas zu verringern. Der bisherige Vorreiter Deutschland drohe damit zum Bremsers des Integrationsprozesses zu werden.

Evelyne Gebhardt und Jo Leinen zeigten sich sehr zufrieden darüber, dass das Bundesverfassungsgericht die populistischen Attacken von Gauweiler und Lafontaine gegen den Reformvertrag, sowie die Vorwürfe der „Entstaatlichung der Bundesrepublik“, einer verfassungswidrigen Militarisierung oder eines sozialstaatswidrigen Wirtschaftskonzepts abgewiesen habe. Die Europagegner in Irland, Polen, oder der Tschechischen Republik könnten damit keinen Nährboden für eine weitere Blockadepolitik gegenüber dem Lissabonner Reformvertrag finden.

Europa Aktuell Nr. 8 2009



Entspannter Stabwechsel im Heimatbüro von Evelyne Gebhardt. Wim Buesink, der über 13 Jahre das Europabüro geleitet hat, wechselt in die Unternehmenskommunikation der Bausparkasse Schwäbisch Hall. Ihm folgt der 29-jährige Künzelsauer Wolfgang Ellsäßer (rechts).

Europa Aktuell Nr. 8 2009

Wegweiser Europa

Neuer Name, gleicher Inhalt

Die Fraktion der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Europäischen Parlament, der 185 Abgeordnete aus allen 27 Mitgliedstaaten angehören, trägt einen neuen Namen:

„Progressive Allianz der Sozialdemokraten und Demokraten (PASDE)“.

Notwendig wurde die Namensänderung durch die Aufnahme der 21 Abgeordneten der italienischen Partei Partito Democratico in die sozialdemokratische Fraktion. Die SPD-Gruppe aus Deutschland stellt in der neuen Fraktion mit 23 Abgeordneten die größte Delegation, gefolgt von den Spaniern und Italienern mit jeweils 21, den Franzosen mit 14, den Briten mit 13, den Rumänen mit 11, Griechen mit acht, Tschechen, Polen und Portugiesen mit jeweils sieben, den Slowaken, Schweden und Belgiern mit fünf, den Österreichern, Dänen, Bulgaren und Ungarn mit jeweils vier, den Litauern, Maltesern, Niederländern und Iren mit jeweils drei, den Slowenen, Finnen und Zyprioten mit jeweils zwei und nicht zuletzt mit jeweils einem Abgeordneten aus Luxemburg, Estland und Lettland.

Europa Aktuell Nr. 8 2009



Schülertag im Landtag am 11. Juli

Zeller:

„Schule braucht Demokratie“

Zu einem „Schülertag“ laden der Abgeordnete der Bodenseeregion, Norbert Zeller, und die SPD-Landtagsfraktion am 11. Juli in das Haus des Landtags nach Stuttgart ein. Unter dem Titel „Die demokratische Schule“ möchten die Bildungspolitiker der SPD-Fraktion mit Schülerinnen und Schülern diskutieren, welche Wünsche diese an die Schule haben, in welcher Weise sie sich in den Schulalltag einbringen wollen und wie sich die SMV-Arbeit und das Schulgesetz ändern müssten. Nach einem Vortrag des engagierten Vertreters für eine „demokratische Schule“, Otto Herz, Reform-Pädagoge und Diplom-Psychologe aus Bielefeld/Leipzig, besteht für die Schüler die Möglichkeit, in Arbeitsgruppen mit Fachleuten zu diskutieren. Themen sind „Schülerbeteiligung - Welche Mitbestimmung braucht die Schule?“, „Amokläufe in Schulen- wie gehen Schüler damit um?“ und „Nutzung von PC, Internet, Handy - was ist Auftrag der Schule?“. Beginn der Veranstaltung ist um 10.15 Uhr. Weitere Informationen dazu im Internet unter

<http://bildungsaufbruch.bawue.spd.de> und

Anmeldung bis zum 6. Juli per E-Mail an den Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion Claus Schmiedel unter

termin.schmiedel@spd.landtag-bw.de.

Fahrtkosten können nicht übernommen werden.

26.06.2009

Büro Norbert Zeller, MdL

Orientierungsplan:

Zeller:

„Land muss Mindeststandards festlegen“

Der SPD-Bildungsexperte Norbert Zeller MdL und seine Landtagsfraktion fordern, dass die Landesregierung angesichts der verbindlichen Einführung des Orientierungsplanes für Kindertageseinrichtungen zum kommenden Kindergartenjahr im September endlich ihrer Verantwortung gerecht werde und Mindeststandards festlegt sowie sich an der Finanzierung beteiligt. Dies war auch das Fazit eines aktuellen Besuchs von Norbert Zeller im kommunalen Kindergarten in Neukirch. Ebenso wurde der Landtagsabgeordnete von Erzieherinnen im gesamten Bodenseekreis auf dieses Thema angesprochen.

„Der Orientierungsplan ist eine gute inhaltliche Grundlage für die Arbeit in den Einrichtungen“, so Zeller. Ohne bessere Rahmenbedingungen könne er aber nicht flächendeckend qualitativ umgesetzt werden, sagte Norbert Zeller, der auch Vorsitzender des Schulausschusses im Landtag ist. „Die Landesregierung ist dafür verantwortlich, gemeinsam mit allen Beteiligten die Mindeststandards festzulegen und sie dann auch mitzufinanzieren.“ Und: „Es ist nicht zu glauben, dass der Orientierungsplan vom Land verbindlich eingeführt wird, ohne dass die erforderlichen Qualitätsstandards vorhanden sind.“ Deshalb verstehen er und seine Fraktion auch die Erzieherinnen, die Kultusminister Rau bei einer Veranstaltung des Kultusministeriums ausgelacht haben, als er die angeblich vorbildlichen Rahmenbedingungen in den Kindergärten lobte. Zeller betonte, es reiche nicht aus, wenn Ministerpräsident Oettinger und die Präsidenten der kommunalen Landesverbände erst am 20. Oktober die finanziellen Bedingungen für die Einführung des Orientierungsplans verhandelten. Die Kritik der GEW an der Bildung für die Kleinsten zum Nulltarif kann Zeller klar nachvollziehen. „Was nützt dieser Bildungsplan, wenn die Erzieherinnen und Erzieher weiter in Gruppen mit bis zu 28 Kindern ohne ausreichende Fortbildungen und ohne wirksamen Gesundheitsschutz arbeiten müssen?“, lautet die Frage der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Baden-Württemberg zu Recht meint Zeller. Deshalb unterstützt er die Forderung der Erzieher nach einer

Mitfinanzierung durch das Land damit die Förderung der Kinder schon von Anfang an funktioniert.
01.07.2009 Büro Norbert Zeller, MdL

Zeller: Ernte-Pflichtversicherung wird geprüft

Die Antwort des Landwirtschaftsministers auf seinen Antrag zu den Sturmschäden in der Bodenseeregion und in Oberschwaben am 26. Mai hat den Landtagsabgeordneten Norbert Zeller nur teilweise zufrieden gestellt. „In einigen Punkten ist Minister Hauk mehr als vage geblieben“, resümiert Zeller. Zu seiner Forderung alle erdenklichen Maßnahmen zu ergreifen, um den betroffenen Betrieben schnell, unkompliziert und unbürokratisch zu helfen, insbesondere in den Fällen, bei denen eine Existenzgefährdung besteht, hat Peter Hauk wörtlich geantwortet: „Die Landesregierung hat ... wirksame Hilfsmaßnahmen ergriffen, die sofort vollzogen werden. Weitere Maßnahmen sind in Umsetzung“. Welche das sind, wurden Zeller nicht genannt, der diese Mitteilung als Unverschämtheit ansieht.

Bei dem Unwetter sind im Bodenseekreis nach vorläufigen Ermittlungen Schäden bei Mais auf 720 ha, bei Grünland 500 ha, bei Kernobst auf 3100 ha und bei Weinanbau auf 400 ha entstanden. Auch wurden 250 ha Erdbeeren und 410 Hopfen beschädigt. Zu der Frage Norbert Zellers, welche Hilfen die Landesregierung kurz- und mittelfristig zur Unterstützung der landwirtschaftlichen Betriebe bei Hagelschäden sieht und wie eine schnelle Hilfe durch Stundung erreicht werden kann, um die Liquidität zu sichern, verweist Hauk u. a. auf steuerliche Erleichterungen. „Den betroffenen Steuerpflichtigen kann als Sofortmaßnahme auf Antrag eine Steuerstundung ohne Stundungszinsen, die Herabsetzung der Vorauszahlungen für die Einkommensteuer und Körperschaftsteuer oder auch ein vorübergehender Vollstreckungsaufschub unter Verzicht auf Säumniszuschläge gewährt werden“...“Land- und Forstwirten, die ihren Gewinn nach Durchschnittssätzen ermitteln, kann die Einkommensteuer je nach Ausmaß der Unwetterschaden auf den Durchschnittsatzgewinn ganz oder zum Teil erlassen werden. Die Aufwendungen für die Herrichtung und Wiederanpflanzung von zerstörten Kulturen können als sofort abziehbare Betriebsausgaben behandelt werden...“. Leider negativ war die Antwort auf die Frage von Zeller, ob sich die Landesregierung bereit zeige, sich prozentual an der Hagelversicherung zu beteiligen, wie in anderen Regionen praktiziert.

Stattdessen prüfe sie die Einführung einer Ernte-Pflichtversicherung (Mehrfahrenversicherung), was Zeller für sinnvoll hält.

Die gesamte Antwort kann im Internet unter www.norbertzeller.de unter Landtagsarbeit eingesehen werden.
02.07.2009 Büro Norbert Zeller, MdL

Neue Regelung für „Feuerwehrführerschein“ dringend notwendig

Zeller: „Land muss nun handeln“

„Die Landesregierung muss umgehend die rechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Mitglieder der Rettungs- und Hilfsdienste Einsatzfahrzeuge mit Sonderfahrberechtigungen führen dürfen“ fordert der Landtagsabgeordnete Norbert Zeller, der die aktuelle Entscheidung im Verkehrsausschuss des Bundestags, eine Rechtsgrundlage für die Einführung des so genannten „Feuerwehrführerscheins“ zu schaffen, ausdrücklich begrüßt. Das ist gerade jetzt anlässlich der 150-Jahr-Feier der Feuerwehr Friedrichshafen ein wichtiges Thema“, so der Abgeordnete der Bodenseeregion.

Damit werde die Diskussion am Freitag im Bundestag mit einem positiven Ergebnis beendet, sagte Norbert Zeller. Er forderte die Landesregierung auf, alsbald die entsprechenden gesetzlichen Landesregelungen zu erlassen: „Sobald auf Bundesebene alle Voraussetzungen geschaffen sind, muss die Landesregierung per Rechtsverordnung tätig werden, um den Angehörigen der Rettungs- und Hilfsdienste Sonderfahrgenehmigungen erteilen zu können.“ Die Vorgaben der Bundesebene beurteilt er sehr positiv: „Es ist ein guter Kompromiss, um die Verkehrssicherheit genauso aufrechtzuerhalten wie die Einsatzfähigkeit im Ehrenamt“.

Auf Vorschlag der SPD-Bundestagsfraktion hatte sich die Große Koalition auf eine zwei-stufige Regelung geeinigt. Mitglieder der Rettungs- und Hilfsdienste, die länger als zwei Jahre einen Führerschein der Klasse B besitzen, erhalten nach einer organisationsinternen Ausbildung und Prüfung eine Fahrberechtigung für Fahrzeuge bis zu 4,75 Tonnen. Durch eine externe verkürzte Ausbildung und Prüfung kann eine qualifizierte Fahrberechtigung für ein Gesamtgewicht von bis zu 7,5 t erlangt werden. Die Kosten hierfür sollen bei rund 600 Euro liegen. Nach zwei Jahren ist eine Umschreibung der Fahrberechtigung in einen regulären Führerschein der Klasse C1 möglich.

Diese Entscheidung soll ein Problem lösen, das sich in den vergangenen Jahren immer stärker auswirkte: Die seit 1999 erworbenen Führerscheine der Klasse B berechtigten Fahrer nur noch zum Führen von Fahrzeugen bis 3,5 t Gesamtgewicht. Das führt dazu, dass jüngere Mitglieder der Rettungs- und Hilfsdienste

nicht berechtigt sind, die meist wesentlich schwereren Einsatzfahrzeuge zu fahren. Derzeit ist dafür ein Führerschein der Klasse C1 notwendig, der aber Kosten in Höhe von rund 3.000 Euro verursacht. „Diese jetzige Regelung sprengt das Budget der meisten Rettungs- und Hilfsorganisationen“, sagte Zeller. „Wenn unsere Feuerwehr einsatzbereit bleiben soll, ist die jetzt beschlossene Änderung dringend notwendig.“

02.07.2010

Büro Norbert Zeller, MdL

Flächendeckende medizinische Versorgung ist Ziel der SPD

„Nicht nachvollziehbar“, so bewertet SPD Bundestagskandidat Jochen Jehle den Diskussionsstil, den die Teilnehmer des Podiums des Ärztenetzes unlängst in Markdorf angeschlagen haben. Die Vergütungsreform für vertragsärztliche Leistungen habe das Ziel gehabt, die ärztlichen Leistungen in ganz Deutschland überall gleich mit festen Beträgen zu honorieren. Berechenbarkeit für die Mediziner und gleicher Lohn für gleiche ärztliche Arbeit in ganz Deutschland seien die Ziele dieser Reform, so Jehle. Gerade durch die gleiche Honorierung in städtischen und ländlichen Gebieten sei es für Ärzte attraktiver, sich auf dem Land niederzulassen.

Nach Abzug der Praxiskosten gehörten die Mediziner mit einem geschätzten Bruttojahreseinkommen von durchschnittlich 100 000 Euro nach wie vor zu den Spitzenverdienern in Deutschland. Die viel zitierten 36 Euro, die ein Arzt für einen Patienten pro Quartal erhalte, seien nichts als ein pauschaler Fallwert für die Kalkulation des Regelleistungsvolumens einer Praxis. Werde von einem Arzt das Regelleistungsvolumen überschritten, so erhalte er nach wie vor eine Vergütung für jede Leistung, allerdings mit einem niedrigeren Preis.

Verständnis habe Jehle für die Forderung nach weniger Bürokratie. Hier wie bei der Honorarreform erwarte er allerdings konkrete Vorschläge an die zuständigen Gremien statt pauschaler Kritik.

Das Gesundheitszentrum in Markdorf sei auch der ‚lebende‘ Beweis dafür, dass sich Ärzte durchaus konstruktiv auf neue Strukturen der ärztlichen Versorgung aller Bürger in der Region einlassen würden. Die SPD stehe dabei für eine Gesundheitsversorgung, die allen Bürgern unabhängig vom Geldbeutel den Zugang zu den medizinisch notwendigen Behandlungen sichert. „Eine Zwei-Klassen-Medizin nach Vorstellung der FDP lehne ich ab“, so Jehle.

03.07.2009 SPD Bundestagskandidat im Wahlkreis 293, Kreisrat im Bodenseekreis **Jochen Jehle**

Sommerwahlkampf:

Nah bei den Bürgern

Nachdem der Kommunalwahlkampf im Juni für die SPD mit unterschiedlichen Erfolgen in den einzelnen Städten und Gemeinden zu Ende gegangen ist, steht bereits die nächste wichtige Wahl vor der Tür. Welche Bedeutung der Bundestagswahl beigemessen wird, mag darin zum Ausdruck kommen, dass vielfach von einer Richtungsentscheidung die Rede ist, die von den Bürgerinnen und Bürgern am 27. September zu treffen ist. Es wird darum gehen, ob Deutschland sozial und demokratisch gestaltet werden kann, oder es eine Mehrheit für eine konservativ-(neo)liberale Koalition geben wird.

In diesen Tagen beginnen in den einzelnen Wahlkreisen die Vorbereitungen für einen Wahlkampf, dessen heiße Phase mitten in den baden-württembergischen Sommerferien starten wird. Auch im Wahlkreis 293 (Bodensee) laufen die Vorbereitungen an. So trafen sich am Freitag, den 10. Juli 2009, auf Einladung des Bundestagskandidaten und Kreisvorsitzenden Jochen Jehle aktive Parteimitglieder aus dem Wahlkreis Bodensee im Hotel Krone in Roggenbeuren, um im Rahmen einer Wahlwerkstatt den anstehenden Wahlkampf zu planen.

Seitens der Bundes-SPD sind verschiedene Aktionspakete für Mitte August, Anfang September, Mitte September (zu einem möglichen TV-Duell Steinmeier-Merkel) und für die letzte Woche vor der Wahl als Schlussmobilisierung vorgesehen.

Frank-Walter Steinmeier wird im August seine Sommerreise starten und vom 01.-14. September wird es Touren des Kanzlerkandidaten, des Generalsekretärs, sowie der stellvertretenden Parteivorsitzenden durch die Wahlkreise im gesamten Bundesgebiet geben.

Der August wird, wie vielerorts, auch im Wahlkreis Bodensee von Sommeraktionen geprägt sein, bei denen es darum geht, durch Pressemeldungen und den Besuch von Festen und Veranstaltungen in den Städten und Gemeinden, die Person des Direktkandidaten für den Bundestag und auch die Ziele der SPD in der Bevölkerung zu verankern.

Wichtig ist eine gezielte Beobachtung der politischen Wettbewerber und deren Aktionen, sowie der Medien, um angemessen darauf reagieren zu können.

Die Teilnehmer der Wahlwerkstatt waren sich einig, dass das Interesse an der Bundestagswahl bei den Bürgerinnen und Bürgern erst Ende August/Anfang September ansteigen wird. Dann wird auch für die Ortsvereine die heiße Phase des Wahlkampfes beginnen, zu der sicherlich wieder die gewohnten Aktionen wie die Durchführung von Infoständen, die Verteilung von Flyern und die Plakatierung gehören werden.

Für die Zeit von Anfang bis Mitte September sind Zielgruppenveranstaltungen vorgesehen. Es soll Mitmachangebote für Neumitglieder geben, die innerhalb des letzten Jahres in die SPD eingetreten sind und schließlich sollte die heiße Phase des Wahlkampfes auch für die Mitgliederwerbung genutzt werden.

Die Teilnehmer der Wahlwerkstatt sehen als großen Vorteil, dass der Direktkandidat Jochen Jehle mitten aus dem Wahlkreis kommt und daher im Wahlkampf als Mann aus der Region präsentiert werden kann. Durch seine Tätigkeit als Kreis- und Gemeinderat, sowie als Kreisvorsitzender der SPD im Bodenseekreis, hat er die Möglichkeit, bundespolitische Themen von regionaler Bedeutung, beispielsweise bei der Verkehrspolitik in den Vordergrund zu rücken und darzustellen, da er als Mandatsträger an der Entscheidungsfindung in den kommunalen Gremien beteiligt ist.

In den letzten beiden Wochen vor der Wahl beginnt der Endspurt, für den ein flächendeckender Versand eines Erstwählerbriefes im Wahlkreis, sowie Hausbesuche in Wahlbezirken mit hohem Wählerpotenzial der SPD vorgesehen sind.

Einigkeit herrschte darüber, dass sowohl der Wahlkreiskandidat, als auch die Parteimitglieder im Wahlkampf dorthin gehen müssen, wo die Bürgerinnen und Bürger sind: Auf Stadt- und Dorffeste, ins Strandbad, in die Fußgängerzone, vor die Einkaufsmärkte oder vor die Betriebe.

Es sind Besuche des Wahlkreiskandidaten zusammen mit den jeweiligen Gemeinderatsfraktionen in den einzelnen Gemeinden des Wahlkreises vorgesehen, die mit unterschiedlichen Themen verbunden werden. Sollte es ein TV-Duell Steinmeier-Merkel geben, wurde angeregt, ein „Public Viewing“ anzubieten, mit anschließender Möglichkeit zur Diskussion mit dem Bundestagskandidaten.

Die Wahlwerkstatt machte deutlich, dass es viele Ideen für einen erfolgreichen Wahlkampf gibt. Den aktiven Parteimitgliedern werden arbeitsreiche und interessante Wochen bevorstehen, damit an deren Ende am 27.09.2009 ein erfolgreiches Wahlergebnis für die SPD im Bund und insbesondere im Wahlkreis 293 (Bodensee) steht.

Christian Gospodarek

Bodenseeregion, die Solarregion Deutschlands?

Ansätze für eine Energiewende am See

Zur Neige gehende Vorräte an fossilen Brennstoffen, spürbar ansteigende Temperaturen und drohende Klimawende verleihen dem Thema „Energiewende“ steigende Aktualität.

Der Bundestagskandidat der SPD im Bodenseekreis, Jochen Jehle, hatte zu einem Podium mit Klaus Eder, Stadtwerke Überlingen und Bene Müller, Vorstand

von Solarcomplex AG ins Dorfgemeinschaftshaus in Überlingen/Nußdorf geladen.

Bene Müller stellte erst einmal fest: „Der Klimawandel ist real“. Seit 1900 steigen die Temperaturen ständig. Wissenschaftliche Prognosen gehen von einer Erderwärmung zwischen 2,5 und 8° in diesem Jahrhundert aus. Wie die empfindlichen biologischen Systeme reagieren werden, wissen wir nicht. Eine Erwärmung von 2° wird als Grenze des Erträglichen angesehen. „Wollen wir dieses Ziel erreichen, müssen wir sofort gnadenlos bremsen“ (z. B. beim CO₂ Ausstoß).

Die Verfügbarkeit der fossilen Brennstoffe wird um 2010 herum den Punkt erreichen, von dem die Vorräte immer knapper werden. Unumkehrbare Preisanstiege werden die Folgen sein. Wir werden uns auf regenerative Energien umstellen müssen. Bis 2030 sollte diese Umstellung machbar sein. Dazu müssen alle regenerativen Energie-Potentiale der Region genutzt werden.

Im Gegensatz zu fossilen Energien bleiben die Energiekosten in der Region. Durch den Bau zahlreicher Anlagen mit Bürgerbeteiligung entstehen Umsatz und Arbeitsplätze in der Region. Als Mitbesitzer des regionalen Energiesystems sind die Menschen und Firmen an der Wertschöpfung aus Energie beteiligt.

Im Konzept der Bodenseeregion spielt die Nutzung von Abwärme aus Biogasanlagen eine wichtige Rolle, da es bereits rund 60 Biogasanlagen gibt. Parteiübergreifend sollte eine sinnvolle Energiepolitik geleistet werden.

Der Anteil an erneuerbaren Energien steigt schneller als der, den die Prognosen der Parteien verkündet haben. Auch erneuerbare Energien können Aufgaben von Grundlastenergien erfüllen: Biogas und Erdwärme (Geothermik). Da die Energieausbeute der Sonne um die Mittagszeit am höchsten ist, kann Sonnenenergie als ideale Spitzenenergie verwendet werden.

Das Ziel, zwischen 2012-2015 Netzgleichheit (Erzeugerpreis regenerativer Energien) mit herkömmlichen Energien zu erreichen, ist realistisch. Dazu muss Energiebedarf reduziert werden z.B. durch Verbesserung der Gebäudesubstanz. Erneuerbare Energien müssen ausgebaut werden.

Klaus Eder stellte die Stadtwerke Überlingen (SWÜ) vor: Schon 1895 nahm die Stadt das Angebot der Witwe Kupferschmid an, auf ihre Kosten ein Elektrizitätswerk zu errichten. Mit Motoren wurde Strom im Turbinenhaus am Mantelhafen erzeugt. Seit 1922 wird der Strom umweltfreundlich aus Wasserkraft erzeugt. Mit zwei Wasserturbinen, die aus dem oberhalb Überlingens gelegenen Andelshofer Weihers gespeist werden, werden die Leistungsspitzen im Laufe eines Tages abgefangen.

Dies hat für die Bürger der Stadt Überlingen eine wichtige Bedeutung: Die SWÜ trägt mit den Turbinen dazu bei, dass die Abnahmemenge bei den Energielieferanten auch bei erhöhtem Bedarf z. B. zur Mittagszeit, einen bestimmten Wert nicht übersteigt. Dies spart Kosten und ist gut für die Umwelt.

Die SWÜ liefern neben Strom auch Gas und Wasser. Als Betreiber der Überlinger Parkhäuser sind sie auch Verkehrsunternehmen. Die Stadt Überlingen ist alleinige Eigentümerin des Unternehmens, das sich als „Partner der Bürger“ versteht. Das heißt für ihn, nicht um jeden Preis so viel Energie zu verkaufen, wie möglich, sondern die Stadtwerke als das zu begreifen, was sie sind - ein "Bürgerunternehmen".

Gegenüber einem derzeitigen Anteil von 12% Erneuerbarer Energien im Bund schaffen die SWÜ 36%. Der Bund fordert bis 2020 einen Anteil von 20%, die SWÜ streben bis dahin 50% an. Als erfolgreiches eigenständiges Energieversorgungsunternehmen setzen die SWÜ anspruchsvolle Technik ein, um ihrer Verantwortung in der Region gerecht zu werden.

Energieberatung der Bürger (Kunden) gehört ebenso zur Geschäftspolitik der SWÜ wie Anwendung verschiedener Technologien (Kraft-Wärme-Kopplung); Photovoltaik-Anlagen mit Bürgerbeteiligung oder Fernwärmelieferung.

Eder sieht im derzeitigen Trend der Kommunalisierung und Rekommunalisierung der Energieversorgung die Stadtwerke in der Zukunft als Vorreiter im Klimaschutz. In der Zukunft wird Energieerzeugung dezentral werden. Es wird einen Querverbund von Strom und Wärme geben.

Jochen Jehle zog eine positive Bilanz der SPD in den vergangenen Jahren:

Die Ökosteuer hilft zur Finanzierung der Renten und belohnt Energiesparen.

Das Erneuerbare Energien-Gesetz fördert den Ausbau von Strom- und Wärmeerzeugung aus erneuerbaren Quellen. Es dient vorrangig dem Klimaschutz und gehört zu einer ganzen Reihe gesetzlicher Maßnahmen, mit denen die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern wie Erdöl, Erdgas oder Kohle verringert werden soll. Die Anbieter erhalten mehr Geld. 2007 gab es durch die Maßnahmen 250000 neue Arbeitsplätze, ca. 30 Mrd. € Umsatz, ca. 11 Mrd. € Investitionen. Im Emissionshandel in Europa ist Deutschland Vorbild.

Prognose: Unsere Klimaschutzpolitik führt bis zum Jahr 2020 im Saldo aller gesamtwirtschaftlichen Effekte zu 500.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen, Klima- und Umwelttechnik bilden den Leitmarkt mit den größten Wachstumschancen.

Energiesparoffensive: Das Hocheffizienzgesetz soll bis 2020 11% Bedarf einsparen, die Energiesparanforderungen sollen um 30% angehoben werden.

Das Regierungsprogramm der SPD sieht zusammengefasst in vielen Schritten vor: Deutschland soll Pionier für nachhaltige Energiepolitik und Mobilität werden.

Regionale Konsequenzen:

Verstärkte Nutzung Erneuerbarer Energien.

Vision: Verkauf der Anteile an EnBW und Aufbau regionaler Energieversorgungsstrukturen

Nach den Referaten der Experten und des Politikers entspann sich eine rege Diskussion, während der die Referenten ihre Darstellungen näher erläuterten oder Ratschläge gaben. Besonders berührte die Zuhörer die Frage des Atomausstiegs:

„Atomkraft und Erneuerbare Energien vertragen sich nicht“ – „Man könnte schnell auf Atomkraft verzichten“(Müller).

Ebenfalls interessierten sich die Zuhörer für technische Details der vielen neuen Techniken und ihre Umweltverträglichkeit.

Ein besonderes Anliegen hatte dann noch ein Zuhörer aus Markdorf. 2019 soll in der großen Wohnanlage, in der er wohnt, die Nachtspeicheröfen herausgerissen werden. Da in den Häusern keine Heizräume und Brennstofflagerräume vorhanden sind, war er ratlos. Eder hatte die Lösung anzubieten: ein eigenes Blockkraftwerk eines Anbieters.

„Wir müssen den Weg zur Versorgung regenerativ in 20 Jahren schaffen“, gaben die Referenten den Zuhörern mit auf den Heimweg.

13.07.2009 Karl-Heinz König

Termine:

22.07.2009

Kreisvorstandssitzung

19.30 Uhr bis 22.00 Uhr

Gasthaus Apfelblüte, Salem-Neufrach (Ortseingang Neufrach)

parteiöffentlich

23.07.2009

Überlingen

Hotel Ochsen - Nebenzimmer

19:30

Mitgliederversammlung

Hilde Mattheis

Vorstellung des Regierungsprogramms

Mitglieder als Multiplikatoren im Wahlkampf

Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und Gewerkschaften

www.bodensee-internationale.org



8. Prix Wasserfrau 2009

Preisträgerinnen:

Kirchenfrauen-Kabarett (sechs Frauen aus Vorarlberg)

Kurze Skizze der Tätigkeit des Kirchenfrauen-Kabarett:

In scharfer und witziger Form drücken die sechs Frauen ihren Protest aus gegen Aussagen hoher Kirchenmänner. Sie wollen die Menschen mit ihrem Kabarett sensibilisieren für Fragen im Umgang mit Frauen in der Kirche und zum Nachdenken anregen – und zum Lachen.

1993 entstand das erste Programm „Uns reicht’s – kirchenfrauliches Nachdenken über männerkirchliche Aussprüche“.

In der Zwischenzeit sind insgesamt sechs Programme entstanden. Alle Frauen waren oder sind beruflich oder ehrenamtlich im kirchlichen Bereich tätig.

Preisverleihung:

**Donnerstag, 10. September 2009,
18.00 Uhr, Hotel Mercure,
Platz der Wiener Symphoniker 2
A-Bregenz
06.07.2009**

Hildegard Fässler, NR

**Die Auszeichnung der SBI für
besondere Verdienste zum Wohle
der Frauen in der „Euregio
Bodensee“**

Mit dem „Prix Wasserfrau“ werden im Abstand von ein bis zwei Jahren Projekte zur Förderung und ge-

sellschaftlichen Gleichstellung von Frauen in der Bodenseeregion gewürdigt und ausgezeichnet.

Dieser Preis setzt sich aus einer wertvollen Bronzefigur sowie dem Preisgeld in Höhe von 1.000 Euro zusammen. Schöpferin der jeweils neu gegossenen Bronzefigur ist Irene Thoma, Bildhauerin aus St. Gallen.

Das Bild zeigt die Figur bei der Übergabe an den Verein Frauen helfen Frauen.



Die Idee zum „Prix Wasserfrau“ wurde 2001 auf Anregung von SPS-Nationalrätin Hildegard Fässler (Grabs SG) im Rahmen einer internationalen sozialdemokratischen Frauenkonferenz in Bregenz geboren. Diese Veranstaltung stand unter dem Motto: „Linke Frauen am See: Lieber lustvoll mitentscheiden, als die Last fremder Entscheidungen tragen“. Teilnehmerinnen waren u. a. Renate Schmidt (SPD), Manuela Auer (SPÖ) und Kathrin Hilber (SPS).

Bisherige Preisträgerinnen:

2002 A.I.D.A. CH St.Gallen,
private Sprachschule für Migrantinnen,

2003 Helga Bayha, D Weingarten,
Initiatorin des Vereins „Kindernest“, einer Tagesstätte für die Betreuung von Kindern Alleinerziehender,

2004 Verein „Frauen helfen Frauen“, D Friedrichshafen,

Anlauf- und Beratungsstelle für Frauen und Mädchen in Notsituationen,

2005 Elisabeth Stöckler, A Hittisau,

Initiatorin und Leiterin des Frauenmuseums Hittisau, einer Einrichtung für Frauen- und Emanzipationsgeschichte im Bregenzerwald. [Mehr...](#)

2006 Jolanda Spirig, CH Marbach,

Einsatz u. a. für geschlechtergerechte Sprache in Lehrmitteln und gegen Diskriminierung von Frauen in der Werbung. [Mehr...](#)

2007 Friederike von Wolff, D Konstanz

Engagement in der Flüchtlingsbetreuung und insbesondere in der Fürsorge für Töchter aus Flüchtlingsfamilien. [Mehr...](#)

2008 Sonja Wiesmann, CH Sirnach

Mutiger und unermüdlicher Einsatz Sonja Wiesmanns für die Gleichstellung der Frauen und für ein Mentoringprogramm für Frauen. [Mehr...](#)

Quelle: SBI

SP Schweiz  **klar.sozial**

Kanton St. Gallen

St.Gallen und das Stipendienkonkordat – eine unendliche Geschichte

Noch im Frühling letzten Jahres lehnte es der Kanton St.Gallen ab, dem Stipendienkonkordat beizutreten, welchem alle Kantone ausser Appenzell Innerrhoden angeschlossen sind. Nun die frohe Kunde: St.Gallen will dem Konkordat doch beitreten. Kein Grund zur Freude, meint die SP. Denn ändern will man trotzdem nichts.

Die Studienreform Bologna erschwert es Studierenden, neben dem Studium einer Erwerbstätigkeit nachzugehen oder Zwischenjahre einzuschalten. Aus diesem Grund formulierte die Erziehungsdirektorenkonferenz Mindeststandards für Stipendien, um die Unterschiede in den Kantonen zu harmonisieren und Studierende aus einkommensschwächeren Familien nicht zu benachteiligen.

Das Stipendienkonkordat sieht elternunabhängige Leistungen vor. Studierende sollen Beiträge ohne obligatorische Eigenleistung erhalten. Das war Grund genug für den Kanton St.Gallen, dem Konkordat nicht beizutreten. Mit dem Argument, dies widerspreche der Kantonsverfassung, kam die Regierung um die Zahlung von 11 Millionen Franken.

Wenn St.Gallen dem Konkordat nun doch beitrifft, bedeutet das nicht, dass die Regierung einsichtig geworden wäre, sondern vielmehr, dass die Erziehungsdirektorenkonferenz klein beigibt und die elternunabhängige Stipendienbemessung sowie die Aufhebung des Obligatoriums für Eigenleistungen auf Antrag von Stefan Kölliker für fakultativ erklärt.

SP-Kantonsrat Donat Ledergerber, der in zwei Vorstössen forderte, dass die Kantonsverfassung geändert werden sollte, nennt es eine „allmählich tragisch und unendliche Geschichte. Wenn der Kanton weiterhin auf Elternbeiträgen besteht, werden die Spiesse unter den Kantonen nie gleich lang. Das Konkordat verkommt zu einer Scheinharmonisierung“.

Die SP erwartet vom Erziehungschef mehr als gutes Verhandlungsgeschick sondern bildungspolitische Entscheidungen, die nicht in erster Linie auf der Beurteilung finanzieller Aspekte basieren.

Für Rückfragen:

Donat Ledergerber, Kantonsrat
Ariana Krizko, Politische Sekretärin



Offen gefragt – Michael Ritsch (SPÖ) im Gespräch

Der Clubobmann nimmt zum Thema „Kostenlose Nachhilfe“ Stellung

Besonderes Augemerkt hat die SPÖ dem Thema „Kostenlose Nachhilfe“ in der vergangenen Sitzung des Vorarlberger Landtags geschenkt. In der aktuellen Stunde wurden den Parteien die Notwendigkeit und die Ziele dieser SPÖ-Forderung präsentiert.

Herr Clubobmann Ritsch, wieso ist Ihnen dieses Thema so wichtig? Handelt es sich hier nur um einen wahltaktischen Strategiezug, oder womit begründen Sie Ihre Forderung nach kostenloser Nachhilfe so kurz vor Schulschluss?

„Ja, das Thema Nachhilfe hat besonders jetzt gegen Ende des Schuljahres eine besondere Bedeutung. Jedoch nicht so sehr für die SPÖ als Wahlkampfthema, sondern viel mehr für zahlreiche Vorarlberger Familien, die sich von oftmals sehr teuren Nachhilfestunden eine Verbesserung der Schulleistungen ihrer Kinder erhoffen und dafür tief in die Tasche greifen. Laut Erhebungen der Arbeiterkammer gaben betroffene Familien im Jahr 2007 in Vorarlberg circa 2,5 Millionen Euro für Nachhilfe aus! Man kann sich vorstellen, was für eine finanzielle Belastung das für die Betroffenen ist. Und gerade jetzt – kurz vor Schulschluss – muss einfach auf diese Problematik aufmerksam gemacht werden. Aus diesem Grund

haben wir die kostenlose Nachhilfe in der aktuellen Stunde thematisiert. Und deshalb haben wir auch an Bundesministerin Dr. Claudia Schmied einen offenen Brief gerichtet, indem das Modell der kostenlosen Nachhilfe exemplarisch anhand eines Dornbirner Gymnasiums erläutert und vorgestellt wurde. Weiters wurde Landesrat Mag. Siegmund Steiner in einer Anfrage um entsprechende Stellungnahme bzw. um weiterführendes Zahlenmaterial zu diesem Thema gebeten.“

Wie sieht dieses bestehende Modell aus, Herr Ritsch?

„In diesem Dornbirner Gymnasium wurden so genannte Lerncontainer eingerichtet, in denen am Freitagnachmittag und am Samstag in den Fächern Mathematik, Latein und Französisch Nachhilfestunden angeboten werden. Dabei werden schwache Schüler nach Jahrgängen zusammengezogen und gemeinsam unterrichtet. Für die Schülerinnen und Schüler entstehen dabei keine Kosten, die Lehrerinnen und Lehrer, die hier Nachhilfe geben, werden mit den Mitteln aus einem Sondertopf bezahlt.“

Wie stellen Sie sich die Finanzierung diese kostenlosen Nachhilfestunden vor?

„Die Landesregierung stellt für so viele Maßnahmen im Land Geld zur Verfügung. So werden vom Land beispielsweise zur Bewerbung des Projektes „Kinder in die Mitte“ massenhaft Plakate und Broschüren finanziert. Allein mit diesen Werbegeldern könnten schon viele dieser Nachhilfestunden ermöglicht werden. Und glauben Sie mir: Davon haben die Kinder dann wirklich etwas...“

Es kann aber jetzt doch nicht sein, dass überall an den Schulen solche Lerncontainer eingerichtet werden sollen? Oder wie soll man sich das vorstellen?

„Diese Nachhilfe-Container stellen zwar keine Dauerlösung dar, sie sind aus unserer Sicht allerdings eine gute Übergangslösung bis zu einer umfassenden Schulreform. Die Nachhilfestunden könnten natürlich auch anders organisiert werden – Hauptaugenmerk liegt bei der Sicherstellung der Finanzierung, wodurch die Familienbudgets entlastet werden sollen.“

Wie stellen Sie sich die Schulreform und die Schule der Zukunft vor?

„Das Ziel der von uns avisierten Schulreform ist die gemeinsame Schule aller 6- bis 14-Jährigen sowie die Ganztagschule. Dies fordern auch zahlreiche Bildungsexperten, denn nur so würde die vorzeitige Selektion der Kinder wegfallen und alle hätten - unabhängig von sozialer oder gesellschaftlicher Herkunft - die gleichen und fairen Chancen auf Bildung. Ziel der Ganztagschule ist es, die Schule als Arbeitsstätte zu sehen, wo alle schulischen Aufgaben bereits in der Schule erledigt werden und die Kinder und Jugendlichen etwa nach 16 Uhr quasi Feierabend

haben. Zu Hause sollte das Thema Schule dann weitestgehend abgehakt sein und nur noch Familie und Freunde im Vordergrund stehen. Wenn wir das erreichen, sollte sich das Thema Nachhilfe dann auch weitestgehend erübrigen haben – und darauf arbeiten wir hin.“

SPÖ-Express, 26.06.2009

**SPD Kreis Biberach
MdB
Martin Gerster**

Evelyn Simmler wiedergewählt

Biberach – Bei der Jahreshauptversammlung des Juso-Kreisverbands Biberach wurde Evelyn Simmler in ihrem Amt als Vorsitzende bestätigt.

Bei der in Laupheim stattgefundenen Versammlung waren auch der Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Biberach, Roland Luschkowski, sowie der Juso-Landesvorsitzende Frederick Brütting, welcher ein Referat über Armut in Deutschland hielt, anwesend. Bei den Wahlen wurde Evelyn Simmler ohne Gegenstimme wiedergewählt. Stellvertretende Vorsitzende sind nun Ayse Cakmak sowie Katharina Selonke. Gordian Frey wurde als Finanzbeauftragter ebenso bestätigt wie Steffen Merk, der für die Öffentlichkeitsarbeit zuständig ist. Als Beisitzer wurden Dennis Kundrus, Janine Beier sowie die neuen Vorstandsmitglieder Steffen Dubowik und Oxana Lytus gewählt. Der Juso-Kreisverband Biberach blickt auf ein erfolgreiches Jahr mit zahlreichen Veranstaltungen zurück, wobei insbesondere der Neujahrempfang mit Claus Schmiedel, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion Baden Württemberg, sowie die von Martin Gerster MdB initiierte Berlinfahrt besondere Highlights darstellten.
01.07.2009 Steffen Merk,
Öffentlichkeitsbeauftragter des Juso-Kreisverbands Biberach

250.000 Euro für Schlösser im Bodenseekreis und dem Landkreis Ravensburg

Haushaltsausschuss gibt Mittel des Bundesprogramms Denkmalschutz frei

Der Biberach-Wangener SPD-Bundestagsabgeordnete Martin Gerster freut sich, dass auch Projekte im Landkreis Ravensburg und dem Bodenseekreis vom Sonderprogramm Denkmalschutz profitieren. So erhalten das Schloss Montfort in Langenargen und das Schloss

Wolfegg insgesamt eine Viertelmillion Euro aus Bundesmitteln. 200.000 Euro gehen nach Wolfegg, die Restaurierung von Schloss Montfort wird mit immerhin 50.000 Euro gefördert.

Am Mittwoch hatte der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages die dritte und letzte Tranche des 40 Millionen Sonderprogramms Denkmalschutz freigegeben.

Damit können bundesweit viele national bedeutsame Baudenkmäler erhalten und bewahrt werden. Insgesamt 72 Gebäude – Kirchen und Schlösser, Klöster, Burgen und andere – werden in der dritten Runde mit 8,5 Millionen Euro gefördert, um dringend notwendige Sanierungsmaßnahmen durchzuführen. „Von diesen Geldern fließen mehr als eine Million nach Baden-Württemberg“, hebt Gerster hervor: „Durch das Sonderprogramm können viele, gerade kleinere, Baudenkmäler erhalten werden. Ohne die Hilfe des Bundes wäre es nicht möglich, den baulichen Bestand zu sichern“.

Der Haushaltsausschuss hatte mit dem Nachtragshaushalt 2007 dieses Programm aufgelegt und 40 Millionen Euro dafür bereitgestellt. Gefördert werden damit dringende Substanzsicherungs- und Restaurierungsarbeiten an Baudenkmalern, die das nationale kulturelle Erbe prägen.

In den ersten beiden Runde sind bereits insgesamt 239 Baudenkmäler mit 31,5 Millionen Euro gefördert worden. Der Bund beteiligt sich jeweils mit bis zur Hälfte an den Kosten, die restlichen Mittel werden von den Ländern, Kommunen oder Privaten aufgebracht.

Berlin, 03.07.2009

Alexander Geisler

Hohes Lob für Gersters Buch

Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) präsentierte in Berlin den Herausgeberband „Strategien der extremen Rechten“

Berlin (age) – „Es zeigt sich einmal wieder, dass Freiheit und Demokratie immer wieder geschützt und behauptet werden müssen. Dieses Buch kann dazu beitragen.“ Dieses Fazit zog Bundesjustizministerin Brigitte Zypries bei der Buchpräsentation des vom Biberacher Bundestagsabgeordneten Martin Gerster mit publizierten Sammelbandes „Strategien der extremen Rechten“ in Berlin. Gemeinsam mit seinen Mitherausgebern, dem baden-württembergischen Landtagsabgeordneten Stephan Braun (SPD) und dem Politikwissenschaftler Alexander Geisler, hatte Gerster das Buch am Montag (6. Juli) der Öffentlichkeit präsentiert.

42 Autorinnen und Autoren setzen sich darin mit den unterschiedlichen Facetten des politischen Spektrums am rechten Rand der Gesellschaft auseinander und erörtern die dort zur Anwendung kommenden strategischen Ansätze sowie mögliche Gegenstrategien.

Bei der Veranstaltung, zu der auch eine Besuchergruppe aus Biberach und Umgebung anwesend sein konnte, stellte Gerster seinen zusammen mit Geisler erstellten Beitrag vor. Darin setzt er sich mit den Versuchen der rechten Szene auseinander, sich Fußball und andere Breitensportarten für die Verbreitung ihrer menschenfeindlichen Ideologie nutzbar zu machen. Braun präsentierte Auszüge aus seinem gemeinsam mit dem Fachjournalisten Anton Maegerle verfassten Beitrag, der die Rolle rechtsextremer Juristen für dieses politische Spektrum in den Blick nimmt.



Die Herausgeber Geisler /Gerster / Braun (von links nach rechts) und der Band

Auch Holger Hövelmann (SPD), Innenminister von Sachsen-Anhalt, in dessen Landesvertretung die Präsentation stattfand, lobte das Werk in seiner Begrüßungsrede als wichtigen Beitrag in der Auseinandersetzung mit Rechtstextemismus und Rechtsradikalismus. In Zusammenarbeit mit seinem Pressesprecher Martin Krems hatte er den Abschlussbeitrag zu dem Band beige-steuert, der mit einem unmissverständlichen Plädoyer für ein neuerliches NPD-Verbotsverfahren endet.

Über die positiven Reaktionen zeigte sich Gerster hoch erfreut: „Mir ist es wichtig, mit dem Band nicht nur theoretisches Wissen zu vermitteln, sondern konkrete Ansätze aufzuzeigen, wie Demokraten sich gegen die Strategien der extremen Rechten zur Wehr setzen können.“ In diesem Sinne äußerte sich auch die Bundesjustizministerin, die sich von dem Werk gute Impulse für die Praxis versprach und ihm eine weite Verbreitung wünschte: „Dieses Buch kann auch dabei helfen und deshalb ist es für alle wichtig, die sich vertieft mit den Rechtsextremen, ihrer Strategie und erfolgreichen Gegenstrategien befassen. Deshalb sollte dieses Buch jeder Bürgermeister und jede Bürgermeisterin kennen, in deren Stadt Rechtsextremisten ihr Unwesen treiben.“

Hinweis: Die vollständige Rede der Ministerin finden Sie auf den Seiten des BMJ www.bmj.de/Reden oder unter auf unserer Homepage:

www.Martin-Gerster.de.

Weitere Informationen zu Buch und Veranstaltung finden Sie hier

Hinweis: Die vollständige Rede der Ministerin finden Sie auf den Seiten des BMJ www.bmj.de/Reden oder unter auf unserer Homepage:

www.Martin-Gerster.de.

Weitere Informationen zu Buch und Veranstaltung finden Sie hier

<http://www.vs-ver->

[lag.de/index.php?do=news/site=w/id=2266/issue_id=](http://www.vs-ver-)

[20.](http://www.vs-ver-)

<http://www.mut-gegen-rechte->

[gewalt.de/service/buecher/buchvorstellung-](http://www.mut-gegen-rechte-)

[strategien-der-extremen-rechten-durch-](http://www.mut-gegen-rechte-)

[justizministerin-zypriens/](http://www.mut-gegen-rechte-)

08.07.2009

Alexander Geisler

Der Förderverein Piéla-Bilanga besucht MdB Martin Gerster in Berlin

Auf Einladung des Biberacher SPD-Bundestagsabgeordneten Martin Gerster haben zwei afrikanische Gäste des Fördervereins Piéla-Bilanga aus Ochsenhausen den Bundestag in Berlin besichtigt. Der Abgeordnete, der selbst seit über 20 Jahren Mitglied des Fördervereins Piéla-Bilanga ist und während seiner Schulzeit am Pestalozzi-Gymnasium schon Kuchen für das Projekt verkauft hat, ließ es sich nicht nehmen, die Besucher selbst durch das Reichstagsgebäude zu führen und die Abläufe des deutschen Parlaments zu erklären. Dem Besuch des Bundestages war eine Besprechung im BMZ (Entwicklungshilfeministerium), begleitet durch Martin Gerster vorausgegangen. Die Gäste zeigten sich begeistert von der Größe und Transparenz des deutschen Parlaments und des imposanten Reichstagsgebäudes mit ihrer Glaskuppel. "Deutschland ist eine wahre Demokratie", das Fazit der Besucher aus Afrika.

Der Ochsenhausener Förderverein engagiert sich seit über 25 Jahren mit dem Bau von Schulen und Schulbrunnen und weiteren Maßnahmen in den Departements Piéla und Bilanga im ländlichen Nord-Osten von Burkina Faso. Dabei arbeitet der Förderverein sehr eng mit der dortigen Partnerorganisation Association Piéla - Bilanga zusammen. Dort engagiert sich auch der Freundeskreis BAREKA aus Untergruppenbach bei Heilbronn, der in den letzten Jahren viele Brunnen und ein Projekt zum Anbau von Bio-Sesam finanziert hat. Aus Anlass des 20-jährigen Bestehens und auf Einladung von BAREKA waren jetzt Charles Lankoande und Josué Ouoba in den vergangenen Wochen auf Besuch in Deutschland. Die beiden sind verantwortlich für die Umsetzung der Projekte in Afrika: Josué Ouoba als Koordinator der Partnerorganisation APB und Hauptverantwortlicher für das Bio-Sesam-Projekt der Untergruppenbacher und Charles Lankoande als Projektverantwortlicher für die Schulbauten. Zusätzlich ist Charles Lankoande

auch noch ehrenamtlicher Bürgermeister der "Ländlichen Gemeinde Bilanga" mit über 80 000 Einwohnern und 70 Dörfern.



von links: Erwin Wiest, Josué Ouoba, Martin Gerster und Charles Lankoande

Die Kosten für die Schulbauten, die Brunnen und das Bio-Sesam-Projekt wird zu einem großen Teil vom deutschen Entwicklungshilfeministerium mitfinanziert. Daher stand auch der Besuch des BMZ in Berlin mit auf dem Besuchsprogramm. Die Referentin Dr. Julia Lehmann erläuterte in einem auf Französisch gehaltenen Vortrag die Leitgedanken und Ziele der deutschen Entwicklungszusammenarbeit und das vielfältige Engagement der Deutschen in Burkina Faso. Begleitet wurden die Gäste in Berlin durch Erwin Wiest aus Rottum, der beim Förderverein seit vielen Jahren die Projektabwicklung in Afrika betreut.

14.07.2009

Büro Martin Gerster, MdB

Gradistanac hakt bei Lufthansa nach

Sexuelle Ausbeutung in Fernost: Die Fluggesellschaft ist seit Anfang Mai eine Antwort schuldig

Renate Gradistanac (SPD) hat die Lufthansa erneut zu einer Stellungnahme im Kampf gegen sexuelle Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen aufgefordert.

Seit Anfang Mai ist die Lufthansa der Familien- und Tourismuspolitikerin eine Antwort schuldig. Renate Gradistanac hatte Lufthansa-Chef Wolfgang Mayrhuber um Aufklärung im doppelten Wortsinn gebeten: Aufklärung darüber, warum die Lufthansa auf Flügen nach Fernost die Aufklärungs-Spots zum Thema sexuelle Ausbeutung nicht mehr zeige.

Nach Gradistanac' Informationen hat die Lufthansa aus „technischen Gründen“ den vom Bundesfamilienministerium finanzierten Spot „Witness“ abgesetzt. Die SPD-Bundestagsabgeordnete verlangt außerdem Auskunft, welche Strategie die Lufthansa in ihrer „Verantwortung als Tourismus-Akteurin“ in Fernost und weiteren Zieldestinationen im Kampf gegen sexuelle Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen verfolge.

18.06.2009

Büro Renate Gradistanac, MdB



Einladung

zum Besuch der Wanderausstellung

Marie Juchacz

Gründerin des Wohlfahrtsverbandes
der Arbeiterwohlfahrt vor 90 Jahren,
die als erste Frau in einem deutschen Parlament eine
Rede hielt und maßgeblich die Sozialpolitik in der
Weimarer Republik mitgestaltete.

Ausstellungsort: Volksbankgalerie, Kreuzhofstr. 2,
88161 Lindenberg

Eröffnung: Freitag, 10. Juli 2009, 19.°° Uhr
Volksbankgalerie

Ausstellung geöffnet: Vom 13. Juli – 24. Juli
2009
Wer tags zu den Schalterstunden
der Volksbank
Samstag: 10.30 – 12.30 Uhr
Arbeiterwohlfahrt – Kreisverband Lindau e.V.
Geschäftsstelle: Rathausstr. 10, 88161 Lindenberg
Tel.: 08381/942118; eMail:
kv.lindau@bayern.awo.de

Marie Juchacz

Geboren am 15.3.1879 in Frankfurth an der Warthe,
heute polnisch Gorzow, war Marie Juchacz als armes
Handwerkerkind bereits mit 14 Jahren zu harter Fab-
rikarbeit gezwungen. 1904 zieht sie nach erfolgrei-
cher Lehrzeit als Weißnäherin in die Hauptstadt Ber-
lin. Hier verbreitet sich bald ihr Ruf als leidenschaft-
liche Streiterin für die soziale Not der Frauen und der
Werk tätigen. So erfolgt 1913 ihre Berufung als Frau-
enbeauftragte zum SPD-Bezirk Rheinland nach Köln.

Während des Weltkriegs war sie beispielhaft tätig in
der Kriegswohlfahrtspflege der Stadt. Daher holt sie
Friedrich Ebert als Frauensekretärin zum SPD Partei-
vorstand nach Berlin. Als 1918 die Frauen in
Deutschland das Wahlrecht erhalten, wird Marie
Juchacz als Abgeordnete 1919 in den ersten deut-
schen Reichstag gewählt. Hier steht sie als erste Frau
in der Geschichte am Rednerpult eines deutschen
Parlaments. Als Reichstagsabgeordnete kämpft sie
streitbar u. a. für die Gleichberechtigung der Frau, für
den Schutz von Mutter und Kind, für das Jugendhil-
ferecht und die Armenfürsorge. Ihr Fernziel war die
Schaffung eines modernen Sozialstaates.

*Ihre historische Tat aber ist die Gründung
der Arbeiterwohlfahrt am 13.12.1919.*

Nach der Machtübernahme durch Hitler 1933 war
Marie Juchacz als Verfolgte des Nazi-Regimes zum
Weg in die Emigration gezwungen. Sie fand Asyl erst
in Frankreich, dann in den USA.

Nach 16 Jahren Exil kehrt sie 1949 nach Deutschland
zurück und wird Ehrenvorsitzende der neu gegründe-
ten Arbeiterwohlfahrt.

Sie stirbt am 28. Januar 1956 in ihrem Heim in Düs-
seldorf.

***Ihr Leben war ein Kampf um eine
bessere Welt.***

Eröffnung

10.07.09 um 19.00 Uhr in der Volksbankgalerie

1.) Begrüßung durch ein Vorstandsmitglied des Hau-
ses

2.) Marie Juchacz: Ein Leben für eine bessere Welt
Otto Procher und Alexandra Otto,
Kreisvorstand der AWO Lindau

3.) Marie Juchacz: Ihr Vermächtnis heute
Dr. Heinz Münzenrieder
Vorsitzender des Präsidiums der AWO Schwaben

Musikalische Umrahmung: Reinhard Sieber

Rahmenprogramm in der Volksbankgalerie

14.07.09 um 20.00 Uhr

Prävention vor sexuellem Missbrauch
(Ilona Braukmann, Dipl. Soz. Päd. vom
Frauennotruf Kempten)

16.07.09 um 14.30 Uhr

Senioren-Tanz-Tee (Rosl Janka)

23.07.09 um 20.00 Uhr

**90 Jahre Frauenwahlrecht
20 Jahre Quotenbeschluss,
was haben wir erreicht.**

(Dr. Simone Strohmayer, MdL)

Arbeiterwohlfahrt – Kreisverband Lindau e.V.

1919 Marie Juchacz, erste Frau im Reichstag
1989 Quotenbeschluß, SPD-Parteitag Münster
2009 Forderung nach 40% Quote, Frauenunion(CSU)

Simone Strohmayr, MdL

Die Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF, Schwaben)
spricht über

90 Jahre Frauenwahlrecht
20 Jahre Quotenbeschluß, was haben wir erreicht?



am Donnerstag, 23. Juli 2009
um 20.00 Uhr, in Lindenberg,
in der Volksbank-Galerie
(Marie Juchacz Ausstellung)

Über Ihren Besuch würden wir uns freuen!
SPD-Ortsverein Lindenberg



V. i. S. d. P. Leo Wiedemann

Neue Eures-Broschüre erschienen:

Lohn- und Sozialdumping im Bodenseeraum

- Stundenlöhne von 9 Euro für entsandte Mitarbeitende von Betrieben aus dem Osten Deutschlands fanden die Kontrolleure im Appenzellerland.
- 120 nicht gemeldete Arbeitnehmende aus Rumänien auf einer Grossbaustelle im süddeutschen Esslingen.
- 1'273 eingeleitete Verfahren in Vorarlberg im Jahr 2008 wegen illegaler Beschäftigung oder nicht bezahlter Sozialabgaben.

Das sind nur drei unter Dutzenden von Beispielen, die die eben erschienene Eures-Broschüre zum «Lohn- und Sozialdumping im Bodenseeraum» aufzeigt. Gerade in dieser eng vernetzten Region tauchen die Lohndumpingprobleme immer wieder auf, denn das Lohngefälle bleibt trotz zunehmender wirtschaftlicher Integration und trotz Personenfreizügigkeit bestehen. Während es früher Wanderarbeiter, Saisonarbeitskräfte oder Grenzgänger waren, die dem besseren Verdienst nachgereist sind, sind es heute entsandte Mitarbeitende. Nicht immer sind sie korrekt angemeldet, nicht immer verdienen sie genug, wie die Broschüre zeigt.

Im gesamten Gebiet von Eures-Bodensee – Süddeutschland, Ostschweiz, Vorarlberg und Liechtenstein – werden deshalb intensiv Kontrollen durchgeführt. Damit wollen die Behörden Lohn- und Sozialdumping verhindern und Schwarzarbeit bekämpfen.

Die neue Publikation erklärt die rechtliche Ausgangslage in allen Eures-Bodensee-Staaten, - Ländern und –Kantonen, präsentiert die wichtigsten Kontrollresultate der Jahre 2007 und 2008 und zeigt aktuelle Probleme auf. Etwa die nicht immer leicht vergleichbaren Löhne oder das zunehmende Problem der «Scheinselbständigkeit». Auch auf die Kritik an der 8-Tage-Anmeldefrist der Schweiz wird eingegangen.

Entstanden ist diese Eures-Broschüre als Projekt des St.Galler Gewerkschaftsbundes. Finanziert wurde die Untersuchung vom Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) und der EU.

Bezogen werden kann die Publikation gratis bei:
Gewerkschaftsbund des Kantons St.Gallen
Lämmlisbrunnenstrasse 41, CH-9000 St.Gallen/Schweiz
Tel +41 (0)71 223 61 30, sgb-sg@bluewin.ch

Grenzpartnerschaft Eures-Bodensee:

EURES Bodensee wurde im Januar 2003 von deutschen, schweizerischen und österreichischen Arbeitsverwaltungen, Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen gegründet.

EURES will die grenzüberschreitende berufliche Mobilität fördern, die Informationen zu Lebens- und Arbeitsbedingungen im Nachbarland bereitstellen, einen Beitrag zur Schaffung eines homogenen Arbeitsmarkts und Förderung der Beschäftigung im Grenzraum durch gemeinschaftliche Projekte und Initiativen leisten und den gegenseitigen Austausch über die Entwicklungen auf den regionalen Arbeitsmärkten fördern. Eures will den Dialog zwischen Wirtschafts- und Sozialpartnern verstärken.

www.jobs-ohne-grenzen.org zum Download: Strg+Klicken> Publikationen> "Lohn- und Sozialdumping"
www.europa.eu.int/eures

Kantonaler Gewerkschaftsbund St.Gallen



Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Landesverband Baden-Württemberg

SPD Baden-Württemberg • Postfach 10 42 63•70037 Stuttgart

**Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer
Seniorinnen und Senioren (SPD 60 plus)**

Vorsitzende:

Dr. Konstanze Wegner

Dr. Gudrun Igel-Mann

Telefon 0711/61936-37

Telefax 0711/61936-20

email: gudrun.igel-mann@spd.de

<http://spd60plus-bw.de>

Sommertreffen und Sternfahrt der SPD 60 plus

Liebe Genossinnen,

liebe Genossen,

der SPD-Reiseservice lädt ein zum Sommertreffen mit Sternfahrt der SPD 60 plus. Vom

7. bis 11. August 2009

werden die Gründungsstätten der Partei in Thüringen besucht. U. a. stehen Eisenach, Gotha und Erfurt auf dem Programm. Die Anreise erfolgt mit Sonderbussen in Form einer Sternfahrt aus der ganzen Bundesrepublik. Übrigens findet die Bundeskonferenz der SPD 60 plus in diesem Zeitraum, am 8. und 9. August 2009, in Erfurt statt.

Ich kann Euch eine solche Reise aus eigener Anschauung sehr empfehlen. Vor etwa zwei Jahren hat die SPD Baden-Württemberg eine ganz ähnliche Reise veranstaltet, die uns an die historischen Stätten der Sozialdemokratie geführt und uns vieles über ihre Geschichte und Tradition vermittelt hat.

Der Reisepreis beträgt 299 Euro pro Person im Doppelzimmer. Buchungen nimmt Björn Kufahl vom SPD-Reiseservice, Wilhelmstr. 140, 10963 Berlin (Tel. 030/255946-40, email: b.kufahl@spdreiseservice.de) gerne entgegen.

Dort gibt es auch nähere Informationen zum Reiseprogramm und zum Leistungsumfang.

Mit freundlichen Grüßen

Konstanze Wegner

Dr. Konstanze Wegner, Landesvorsitzende der AG 60plus

Landesgeschäftsstelle

Postanschrift

Telefon (0711) 61 936-0

SEB Stuttgart

Wilhelmsplatz 10

Postfach 104263

Telefax (0711) 61936-20

BLZ 600 101 11

70122 Stuttgart

70037 Stuttgart

Internet www.spd-bw.de

Konto Nr. 10 700 60 900

St.-Nr. 99059/90019

IBAN: DE80 6001 0111 1078 7689 00

BIC : ESSEDES600

Impressum

Herausgeber:

Matthias Mayr, Medienreferent SPD Bodenseekreis
Weinbirnenstraße 5
88048 Friedrichshafen

Deutsche Gruppe SBI und Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI – D - (Präsident MdL Norbert Zeller)

Redakteure, verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Karl-Heinz König, Rebhalde 3, D 88709 Meersburg Tel.: 07532/313048
e-mail: roterseehas@kabelbw.de

und

Willi Bernhard, Rosenstr. 36, D 88074 Meckenbeuren Tel.: 07542/21012
e-mail: willibernhard@gmx.de

Weitere Autoren in dieser Ausgabe:

| | |
|--|--|
| Esther Peylo - AsF Aktuell: | gudrun.igel-mann@spd.de |
| Hilde Mattheis, MdB: | Hilde.Mattheis@bundestag.de |
| Dr. Roland Peter, Pressesprecher: | roland.peter@spd.landtag-bw.de |
| Nachrichten für Redakteure: | www.meinespd.net/mitglieder |
| Europa Aktuell: | Gebhardt@europarl.europa.eu |
| Norbert Zeller, MdL: | norbert.zeller@spd.landtag-bw.de |
| Jochen Jehle: | Jochen.Jehle@spd-online.de |
| Christian Gospodarek: | chris_crossgo@web.de |
| Hildegard Fässler, NR: | hildegard.faessler@bluewin.ch |
| SBI: | www.bodensee-internationale.org |
| Ariana Krizko, Politische Sekret.: | stadtpartei@sp-sg.ch |
| SPÖ-Express: | hubert.loetsch@spoe.at |
| Steffen Merk: | steffenmerk@web.de |
| Alexander Geisler: | martin.gerster.ma02@bundestag.de |
| Büro Martin Gerster, MdB: | martin.gerster@wk.bundestag.de |
| Renate Gradistanac, MdB: | renate.gradistanac@bundestag.de |
| AWO Lindau: | kv.lindau@bavarn.awo.de |
| Leo Wiedemann: | leo.wiedemann@t-online.de |
| Kantonaler Gewerkschaftsbund St.Gallen: | sgb-sg@bluewin.ch |
| SPD 60 plus: | gudrun.igel-mann@spd.de |

Die mit Namen gekennzeichneten Artikel geben die Meinung der Verfasserin oder des Verfassers wieder.

E-Mail-Abonnement (ab)bestellen

(Karl-Heinz König)

roterseehas@kabelbw.de